

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Gründet wissenschaftl. am Samstag.
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Bismarck.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Altestr. 16a part.
Telephonruf: Nr. 8892.

Insertionsgebühr pro sechsgehaltene Kolonnenzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatangelegenheiten 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **383800** Exemplaren erscheint diese Ztg.

München-Gladbach.

Vor kurzem hat die sozialistische Literatur eine bedeutende Bereicherung erfahren durch das über 700 Seiten umfassende Buch von August Erdmann über die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland (Verlag von Dietz in Stuttgart, Preis 10,50 M.), das die Geschichte, die Tendenz und Taktik dieser Bewegung sehr eingehend, zum Teil urkundlich, darstellt und so ein Lehrbuch für unsere Genossen ist, die im alltäglichen Kampfe für unsere Sache stehen und unter anderem auch den christlichen Quertreibereien entgegenzutreten müssen. Das Buch ist namentlich ein wertvolles Gegenstück zu der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung von dem katholischen Schriftsteller Dr. Müller, der sie von seinem Standpunkte aus zu rechtfertigen und zu verherrlichen sucht.

In der Vorrede führt Erdmann sehr richtig aus, daß die christliche Arbeiterbewegung ein schier unentwirrbares Gemisch von wirtschaftlichen, politischen und religiösen Bestrebungen, Parteien und Anschauungen ist. Es gibt da zunächst eine katholische und eine evangelische Arbeiterbewegung; dazu machen sich auf katholischer wie auf evangelischer Seite wieder verschiedene Strömungen und Richtungen geltend, die ihre Berechtigung aus der verschiedenen Auffassung in Glaubenssachen herleiten. Politisch steht die katholische Arbeiterbewegung zum Zentrum, wird jedoch innerhalb dieser Partei sehr verschieden gewertet; die evangelische Arbeiterbewegung neigt politisch nach allerhand Parteien, sie ist je nach örtlichen Umständen und persönlichen Einflüssen konservativ, nationalliberal, christlichsozial oder auch gleichgültig. Auf jeder Seite zeigen sich sodann noch die mannigfachen Einwirkungen von Gönnern außerhalb der Arbeiterklasse, die sich in dem Aufkommen immer neuer Unternehmungen zur Sammlung und Fürsorge der gläubigen Arbeiter äußern.

In der Einleitung wird zunächst die Stellung des Christentums zur Arbeit präzipiert, die nach der Bibel für alle Ewigkeit mit dem Brandmal des Gemeinen und Niedrigen geschändet ist, weil sie über Adam und Eva als Strafe für den Sündenfall im Paradiese verhängt worden ist. „Im Schweiß deines Angesichtes sollst du dein Brot essen!“, das heißt eigentlich verdienen, was die Besitzenden und Herrschenden zu allen Zeiten dahin auslegten, daß sie die Besitzlosen im Schweiß ihres Angesichtes arbeiten ließen, während sie selbst in aller Ruhe und Behaglichkeit und ohne Schweiß die Früchte der Arbeit sich aneigneten und genossen. Die Geschichte der Sklaverei wie der Leibeigenschaft und der Lohnarbeit lehrt, daß selbst die frommsten Christen inklusive der offiziellen Kirche von dieser Praxis keine Ausnahme machten und machen und sich hierin von den Andersgläubigen in nichts unterscheiden. Es ist daher eine geschichtliche Tatsache der katholischen Kirche, daß sie, das offizielle Christentum, die Arbeit „geadelt“ habe. Ach nein, ohne die mächtigen und unaufhaltbaren wirtschaftlichen Kräfte, ohne die Klassenkämpfe, würde heute noch die Leibeigenschaft bestehen. War es doch gerade die Kirche, die in den blutigen Bauernkriegen Schulter an Schulter mit den Feudalherren die um Befreiung ringenden Bauern niederschlugen und mit Rad, Schaffot und Galgen einer entsetzlichen Mordorgie ausführten.

Die eigentliche geschichtliche Darstellung beginnt mit den Theoretikern der christlichsozialen Bewegung: Bischof Ketteler (Mainz), Domkapitular Mousfang (Mainz) und Kaplan Hise (Professor in München). An dieser Stelle näher darauf einzutreten, müssen wir uns für heute versagen. Die Darstellung bietet in ihrem wichtigsten Teil auch nur bekanntes Material und die Bestätigung der Tatsache, daß einzig die Sozialdemokratie die katholische Kirche dazu gedrängt hat, sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen, aber nicht zu dem Zwecke, sie zugunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu lösen, sondern um den sozialistischen Gedanken zu fällen und im Interesse der Kirche, der Besitzenden und Herrschenden, der ganzen bestehenden bürgerlichen Klassenordnung die Sozialdemokratie, den proletarischen Sozialismus zu bekämpfen. Durch zwei Städtebilder von Aachen und Essen weist der Verfasser besonders anschaulich die unehrliche und hinterhältige Politik nach, die von Kirche und Zentrumspartei gegen die Arbeiter getrieben wird.

Einen orientierenden Einblick gestattet der Verfasser auch in die „geistige Werkstatt“ der katholischen und christlichsozialen Bewegung zu München-Gladbach, mit der wir uns etwas näher beschäftigen wollen. Hier hat der gesamte organisatorische und agitatorische Betrieb des katholischen Volksvereins seinen Mittelpunkt. Hier, an seiner Zentralfstelle, hat er sich einen Stab von wissenschaftlich gebildeten Beamten geschaffen, „die die gesamte soziale und apologetische Fachliteratur ausnützen, um dann in Vorträgen auf Vereinsversammlungen, in literarischen Veröffentlichungen jeder Art, in Auskunftsleistungen u. s. w. die Goldbarren der wissenschaftlichen Forschung und die Ergebnisse praktischer Arbeit in leicht kurzfassender Weise zu verpacken“ (Pieper). Mitte 1907 waren an der Zentralfstelle 13 akademisch gebildete, literarisch tätige Beamte, teils Geistliche, teils Laien angestellt (32 Angestellte sind tätig im Buchhandel, der Korrespondenz, der Expedition, der Buch- und Kassensführung). An der Spitze der Zentralfstelle steht ein Generaldirektor (Pieper) mit zwei Direktoren (Brauns und Hohn). Unter den Beamten ist eine regelrechte Arbeitsteilung durchgeführt; mit der Behandlung der Agrarfrage, der Arbeiterfrage, der Handwerkerfrage, der Mittelstandsfrage u. s. w. sind je einer oder mehrere Beamte betraut. Alle 14 Tage und nach Bedürfnis auch öfter tauschen sie in Konferenzen ihre Erfahrungen aus, besprechen gemeinsame Maßnahmen, literarische Pläne u. s. w.

Zu den Aufgaben der Zentralfstelle gehört es zunächst, die Organisation des Vereins mit seinem Geschäftsführer- und Vertrauensmännersystem auszubauen, diesen Stellen die nötigen Anweisungen für die Vereinstätigkeit zu geben und das Versammlungswesen anzuregen und zu überwachen. Zur Schulung der Geschäftsführer, der freiwilligen Mitarbeiter und Redner dienen die an der Zentralfstelle veranstalteten sozialen Kurse, von denen ein ganzes System ausgebaut und durch die der Volksverein auch zur Erziehungsanstalt der Beamten und Agitatoren für das gesamte katholische und christliche Arbeitervereinswesen geworden ist. Hier werden auch die christlichen Gewerkschaftsagitatoren in einem volkswirtschaftlichen Kurs von zweimonatiger Dauer „gemacht“. Nach dem Unterrichtsprogramm werden behandelt die wichtigsten gesellschaftlichen Bestimmungen, Organisation und Aufgaben der Versicherungs- und Arbeiterchutzgesetzgebung, die Entwicklung der Volkswirtschaft im allgemeinen und der deutschen Volkswirtschaft im besonderen. Grundfrage der Handwerkerfrage, Grundfrage der Agrarfrage, Landarbeiterfrage, Entwicklung und Grundzüge der Arbeiterfrage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung. Koalitionsrecht, Wesen und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung, Tarifverträge, gewerkschaftliche Taktik, die Geschichte der englischen und deutschen Gewerkschaftsbewegung, der Sozialismus, die Organisation der Unternehmer, die Verfassung des Deutschen Reiches und der wichtigsten Einzelstaaten, Steuerlehre, kommunale Sozialpolitik, Wohlfahrtspflege.

Für einen zweimonatigen Kurs ist das sehr viel, aber an und für sich ist es ein schönes Unterrichtsprogramm. Aber wie es die Kursteiler in der zweimonatigen Schnellleichte ausführen, das lehrt ein Blick in das erstbeste christliche Gewerkschaftsblatt und das lehrt auch die Versammlungsrede des erstbesten gewerkschaftlichen Oberchristen. Ungläubliche Arroganz und Wichtigtuerei, Unwissenheit und Unwahrscheinlichkeit, die in der leichtfertigen Auffassung von Behauptungen und sturpellosen Verleumdungen, Verdrehung und Entstellung von Tatsachen, Zerrführung der Arbeiter ihren Ausdruck finden. Diese die Arbeiterbewegung schädigenden und vergiftenden Erscheinungen sind sowohl die Früchte der Methode der geistigen Gliederverrentung, die in München-Gladbach praktiziert wird, wie auch der Sorte von Menschennaterial, das sich zu diesen Kurfen drängt und das selbst das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes als Strebertum charakterisiert, da die Jagd nach dem Posten eines Gewerkschaftsbeamten oder Arbeitersekretärs der Zweck ist. Manchem soll der Kursus nur der Steigbügel für einen längst ersehnten Beamtenposten sein und da drängen sich sehr oft Leute vor, denen jede Befähigung für eine derartige Stellung fehlt. Entweder man erstrebt ein besseres Einkommen oder eine angehendere Stellung oder man will gerne eine Rolle im öffentlichen Leben spielen. Arbeiter, die in der Arbeiterbewegung noch gar kein Opfer gebracht haben, verstehen es, hier und da in konfessionellen Vereinen durch ablatute Willkürlichkeit beim Klerus sich in ein gutes Licht zu setzen, um sich auf diesem Wege für eine Anstellung als Arbeitersekretär u. s. w. zu empfehlen.

Die wichtigtuereichen und anmaßenden gewerkschaftlichen Oberchristen sind also Protektionskinder von Geistlichen, Pfaffenknechte, Werkzeuge der Kirche, für die die Arbeiter nicht Subjekt, sondern nur Mittel zum Zweck oder zu verschiedenen Zwecken, persönlichen und sachlichen, sind.

„Die katholischen Führer und Beamten der christlichen Gewerkschaften sind durchweg durch die M.-Gladbacher Schule gegangen“, sagt Erdmann, „sie sind dem Zentrum mindestens ebenso ergeben wie ihrer Organisation; im Zweifelsfalle ordnen sie, im Geiste der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ ergogen, das Interesse der Organisation, das heißt ihrer Klasse, unbedingt dem Interesse der Partei unter. Nicht auf die Statuten, sondern auf den Geist und die Tätigkeit einer Bewegung kommt es an bei der Frage, in wessen Interesse sie tätig ist, in wessen Dienste sie steht. Die katholische Arbeiter- und die christliche Gewerkschaftsbewegung aber ist durch die Person und die Parteilichkeit ihrer Führer und Beamten, durch die soziale und politische Schulung ihrer Mitglieder im München-Gladbacher Geiste völlig dem Zentrum unterworfen.“

So orientiert über das woher und wohin der christlichen (katholischen) Gewerkschaftsbewegung allein schon der Stempel „M.-Gladbach“.

Darwinismus und Sozialismus.

Bs. Am 12. Februar vor hundert Jahren wurde in Shrewsbury in England Charles Darwin geboren und vor fünfzig Jahren erschien das grundlegende Werk Darwins, durch das er seine Lehre begründete: Die Entstehung der Arten. Das gegenwärtige Jahr ist also in doppelter Beziehung ein Jubeljahr der Wissenschaft, die dem Darwinismus so unendlich viel verdankt. Auch die sozialistische Presse, die politische wie ein Teil der gewerkschaftlichen, hat bei dieser Gelegenheit des Mannes und seines Wertes gedacht. Das findet die Deutsche Arbeiterzeitung sehr auffallend; sie erklärt es als eine wunderbare und im ersten Augenblick fast unerklärliche Erscheinung, daß die Sozialisten nicht müde werden, sich auf Darwin zu berufen, man gebärdet sich, meint das Blatt, so, als ob Darwin zu den Begründern der Partei oder sogar schon zum hochwohlwollenden Parteivorstand gehöre, er werde als Obergemüse angesehen, wobei man immer in schuldiger Ehrfurcht Karl Marx daneben nenne und um beide Namen einen Ruhmeskranz flechte.

Das Scharfmaacherblatt mag sich beruhigen. Der denkende Arbeiter weiß ganz genau, daß Darwin nicht Sozialist war; der große Forscher war zu bescheiden, um sich ein Urteil anzumaßen über Dinge, denen er fernstand. Ausschließlich Naturforscher, hatte er nicht die Zeit

gefunden, sich mit politischen und volkswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen, und so unterließ er es denn auch, zum Sozialismus Stellung zu nehmen — zum Unterschied von gewissen Leuten, die zwar auch vom Sozialismus nichts verstehen, aber dennoch einen Beruf daraus machen, über ihn zu urteilen und — wenn es ginge — ihn zu vernichten. Also wir wissen, daß Darwin nicht Sozialist war und werden insolge dessen nicht so töricht sein, ihn als „Obergemüse“ mit Beschlag zu belegen. Wenn die Arbeiterpresse in diesem Jahre Darwins gedenkt und wenn die sozialistische Arbeiterbewegung es sich überhaupt angelegen sein läßt, zum Verständnis seiner Lehre beizutragen, so tut sie das aus demselben Grunde, weshalb sie der Namen und Taten eines Goethe, eines Schiller, eines Newton oder eines Galilei gedenkt, weshalb sie dazu beiträgt, das Volk mit Achtung vor den Männern zu erfüllen, die der Menschheit den Weg zum Schönen und Wahren gewiesen haben, weshalb sie es als ihre Pflicht betrachtet, der Masse einiges von dem Wissen zu vermitteln, das nach dem Willen der herrschenden Klasse nur das Vorrecht einer kleinen begüterten Minderheit sein soll.

Die sozialistische Arbeiterbewegung hat allerdings Anlaß, Darwins mit besonderer Wärme zu gedenken, weil die von ihm begründete Weltanschauung in besonderem Maße geeignet ist, die Köpfe der Masse von wirren und trüben, von veralteten und verrosteten Überlieferungen zu befreien und dadurch die Sinne und Gedanken, wenn sie nicht auf andere Weise schon den richtigen Weg gefunden haben, empfänglich zu machen auch für das Verständnis der sozialistischen Lehren und Bestrebungen. Wer erst erkannt hat, daß in der Natur sich alles gesetzmäßig aus eigenen ihr innewohnenden Kräften vollzieht, ohne daß es des Eingreifens einer schaffenden und leitenden Gottheit bedarf, wer das Gesetz der Entwicklung vom Niederen zum Höheren in der Natur erst begriffen hat, der wird auch dem Entwicklungsgedanken in der Geschichte der Menschheit die Anerkennung nicht versagen, der wird sich auch nicht mehr auf den Glauben an die Ewigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und an die Allmacht eines die Geschicke der Völker leitenden Gottes festlegen lassen.

Im übrigen wissen wir, daß Darwin kein Sozialist war, und daß ebensowenig der Darwinismus beanspruchen kann, daß seine Lehren, die für die pflanzliche und tierische Natur gelten, nun für das Gesellschaftsleben maßgebend sein müssen. Zier und Pflanze sind den Naturkräften wehr- und willenlos unterworfen, der Mensch aber hat sich die Naturkräfte dienstbar gemacht, er hat sie auszunutzen verstanden zu seinem Besten und er beherrscht durch seinen Geist, durch seine Technik, durch seine Wirtschaftsweise ebenso selbstherrlich die Natur, wie die Natur das Tier und die Pflanze beherrscht. Sind die Bedingungen, die Darwin für die Entwicklung der Tier- und Pflanzenwelt wirken läßt, grundverschieden von denen, die der Sozialismus dem Gesellschaftsleben zugrunde legt, so ergibt sich, daß es unzulässig ist, den Sozialismus durch den Darwinismus sei es begründen, sei es widerlegen zu wollen — wie letzteres vielfach von kapitalistischer Seite und im vorliegenden Falle auch durch die Deutsche Arbeiterzeitung versucht wird.

Der Sozialismus, sagt das Blatt, will das Privateigentum abschaffen — aber: „Je höher wir in der Entwicklungsreihe hinaufsteigen, desto deutlicher wird der Sinn für individuelles Eigentum sichtbar. Die Ameisen und Bienen leben außerordentlich sozial, aber die höheren und dem Menschen sehr nahe stehenden Tiere verhalten sich einen recht ausgeprägten Eigentumsinn.“ — Was man nicht alles zu hören bekommt, wenn es sich darum handelt, den Sozialismus zu widerlegen! Wir wären überaus begierig, etwas näheres über die Art der Tiere mit dem „ausgeprägten Eigentumsinn“ zu vernehmen. Die höheren Affen bauen sich ja wohl aus Ästen eine Art Schutzhütte in den Bäumen, auch soll man gelegentlich einen Knäuel in ihrer Hand sehen, aber davon weiß man nichts, daß sie mit dem Grund und Boden des Urwalds spekulieren, daß sie Mietskasernen errichten oder ihren Knäuel dazu bemühen, ihre Witaffen zur Lohnarbeit zu treiben — also die Art von Privateigentum besitzen, auf deren Abschaffung es dem Sozialismus allein ankommt. Denn es ist vollendeter Unsinn, dem Sozialismus zu unterstellen, er wolle das „Privateigentum abschaffen“. Im Gegenteil: er will jedermann in die Lage versetzen, Privateigentum zu erwerben, Privateigentum zum eigenen Genuß und Gebrauch, aber nicht zur Ausbeutung und Bedrückung anderer; er will ja gerade der Besitzlosigkeit, unter der jetzt die große Mehrheit des Volkes leidet, ein Ende machen und jeden zum Mitbesitzer und Mitgenüßer an den durch die gemeinsame Arbeit geschaffenen Gütern materieller und geistiger Art berufen; abschaffen will er nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln, an den Ausbeutungsinstrumenten des Kapitals, die in Gemeinbesitz übergeführt und damit der Allgemeinheit nutzbar gemacht werden sollen.

„Und dann“ — so ruft die Arbeiterzeitung aus — „die Lehre von der Gleichheit, die doch den Grundstock der marxistischen Doktrin bildet! Hier trennt den klarblickenden Naturforscher und die Schar schwärmerischer Utopisten eine ganze Welt. Wo ist die Tatsache und die Notwendigkeit einer so weit als möglich ausgebreiteten Differenzierung deutlicher erwiesen als im Darwinismus? ... Deshalb sollten sich die Sozialdemokraten ängstlich hüten, auch nur den Namen Darwins zu erwähnen, denn dieser Mann hat die Wahrheit gesehen und das verträgt sich nicht mit den sozialdemokratischen Truggebilden! Allerdings, der Darwinismus verträgt sich nicht mit den „sozialdemokratischen Truggebilden“ des Gelehrten der Arbeiterzeitung. Wo und wann ist es denn dem Sozialismus eingefallen, die Ungleichheit der Menschen bezüglich ihrer Rasse, ihres Stammes, ihrer Familie bis herunter zu ihrer Eigenschaft als Einzelwesen zu leugnen? Und wo und wann ist es dem Sozialismus eingefallen, diese Verschiedenheit im Sinne einer allgemeinen Gleichförmigkeit aufzuheben zu wollen?“

Der Sozialismus weiß ganz genau, daß die Interessen- und Meinungsverschiedenheiten von Volk zu Volk und von Mensch zu

Wunsch nie aufhören werden, weil das einseitige dem Staat, dem...

Man sieht an den Ausführungen des Unternehmerrates, wie sehr man den Dingen und Begriffen Gewalt antun muß, um den Darwinismus zur Bekämpfung des Sozialismus zurechtzufügen.

Vom Schiffbau.

Den Kollegen, die im Schiffbau beschäftigt sind oder die sonst in irgend welcher Weise mit ihm zu tun haben, ist es natürlich längst bekannt, daß sich auch dort die Krise bemerkbar macht.

Genauere Angaben über den Schiffbau Großbritanniens finden wir im Januarheft der vom britischen Arbeiterrat herausgegebenen Labour Gazette.

Die Produktionsmittel wachsen den Kapitalisten über den Kopf. Bei den Großschiffbau-Gesellschaften ist in der letzten Zeit ein starker Rückschlag eingetreten und das Geld, das sie in ihre Maschinen-Schmelzwerke gesteckt haben, reichert sich nicht so, wie sie es im Interesse des Kapitals für notwendig halten.

Bei den Rüstwerkern in Emden scheinen die vertriebenen Verträge, den fast gänzlich abgebrochenen wieder auf die Beine zu setzen, kein Glück gehabt zu haben.

Verfeinerung nach erregten Debatten beschlossen, noch einmal eine „Gewinnung“ zu versuchen. Der bisherige Geschäftserfolg ist kein glücklicher. Statt seiner wurde ein neuer gemittelt.

Die Firma Blohm & Voß in Hamburg verteilte 7 Prozent Dividende (vorher 0 Prozent). Im August vorigen Jahres wurde es bekannt, daß die russische Regierung bei der Firma vier Panzerschiffe bestellt hatte.

Die Flensburger Schiffbau-Gesellschaft hat trotz der ungünstigen Zeiten am 1. Oktober immer noch 10 Prozent Dividende verteilen können. Dabei wurden zu Abschreibungen 30004 M verwendet.

Die Firma Rüdke & Co. in Stettin verteilte 5 Prozent Dividende. In Abschreibungen wurden verwendet 5045,81 M.

Die Dresdener Maschinenfabrik und Schiffswerft übrigen verteilt wiederum 8 Prozent Dividende. Die Aktien im Betrag von 2 Millionen Mark sind fast alle in Besitz der Vereinigten Glückwunsch-Eisenwerk-Gesellschaft.

In allgemeinen ist das Bild also recht trübe und es sind nur wenige Ausnahmen zu verzeichnen. Man darf sich freuen, daß mancher Unternehmer — notwendig mancher von den kleineren — gegenwärtig von Sorgen gelöst ist.

Holländische Flussfahrzeuge. Durch Geschäftslage, billigeren Arbeitelöhne (da Wohlfahrts-Einrichtungen für die Arbeiter, als: Kranken-, Invaliditäts- und Unfallversicherungen, dort nicht bestehen) und billigeren Gütematerialien, welche das Ausland durch die abgeschlossenen Handelsverträge um 10 bis 15 M pro Tonne geringer zahlt, haben sich in letzter Zeit die holländischen Flussfahrzeuge, eiferner Flussfahrzeuge und Schuten nach Deutschland eingeführt.

Wichtigsten Merkmal einer sehr schweren Krankheit, vorwiegend im Alter, ist die Schwäche des Herzes. — Da diese Schwäche am häufigsten auf anderen Krankheiten, wie Herzkrankheiten, Nierenleiden und sonst auf dem Zustand des Herzens beruht, so wurde in dem großen, fast 2000 Seiten umfassenden Buche, welches den deutschen Sprachschreibern durch Übersetzung der in Holland erschienenen „Flussfahrzeuge und Schuten“ veröffentlicht ist, die Beschreibung der Schiffbauverfahren und -maschinen an der Ost-, Nord- und Westküste der Provinz Friesland an den nördlichen Küsten, in vornehmenden Fällen keine Reparatur irgend welcher Art an dem vom Ausland eingeführten Flussfahrzeugen auszuführen und jegliche Risse bei Reparaturfällen zu versagen.

Die Volkstimme bemerkt dazu mit Recht: „Abgesehen davon, daß das Versagen von Rissen bei Reparaturfällen in manchen Fällen eine Paralyse bedeutet, heißt es doch das Pferd beim Schwanz aufsummen, wenn man, statt sich gegen die Verschlechterung der Konkurrenz durch unsere Holzschiffbau- und gegen deren Urheber zu wenden, die Reparaturen der auf ausländischen Werften gebauten Fahrzeuge verweigert.“

Sünnenarbeiter-Schutz.

Auf einmal hat es der preussische Minister für Handel und Gewerbe „eilig“. Zur Erklärung und Ausführung der Bundesratsverordnung vom 18. Dezember 1908, die am 1. April 1909 in Kraft treten soll, hat der Minister an die oberen Verwaltungsbehörden Anweisungen erlassen.

Als der Minister hielt eine unverhältnismäßig lange Zeit zu einer solchen Untersuchung für erforderlich. Da ist es nahelegend, hier noch einmal auf die Stellung des Zentrums als Rückendeckung des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes zu verweisen.

Nun sollen nach den „Ermittlungen“ des Ministers die schweren Missetaten über lange Schichtdauer nur bei „einzelnen Arbeitern“ sich gezeigt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist zum Beispiel Regel, daß ein sehr großer Teil der Sünnen- und Holzwerkarbeiter nur durch sehr viele Überstunden, Überschichten und Sonntagsarbeit zu einem auskömmlichen Verdienst gelangen können.

„Erforderlich“ erschien zunächst nicht sowohl eine Beschränkung der Schichtdauer der regelmäßigen Arbeitszeit, die in den Arbeitsordnungen begrenzt und im allgemeinen nicht zu hoch bemessen ist, als eine Bekämpfung übermäßiger Überstunden und eine Sicherstellung von Mindestpausen während der längeren Arbeitschichten und zwischen je zwei Arbeitschichten.

Demnach erscheinen dem Minister Maßnahmen gegen eine täglich 16stündige Arbeitszeit mit nachfolgender sonntägiger 24- oder 36stündiger Beurlaubung zunächst nicht „erforderlich“! Diese Arbeitszeiten sind nicht „übermäßig“! Es hält schwer, dem Minister hier eine ruhige Antwort zu geben; möchte der Mann sich doch nur einmal herbeilassen, eine Woche lang an der Walze oder am Hochofen täglich 16 Stunden zuzubringen und dann noch Sonntags 24 oder 36 Stunden zu arbeiten!

Das die Einschränkung der Sonntagsarbeit technisch möglich ist, ist den Sünnenarbeitern gar nicht „fraglich“.

Der Minister versteht die Kunst, um eine Sache herumzureden. Wenn „gütliche Einigungen“ auf die Unternehmer etwas erreichen können, warum hat denn die Regierung dies nicht lange befohlen? Da der Minister wohl selbst diese „gütlichen Einigungen“ kritisch betrachtet, muß es dann den Gewerbeaufsichtsbeamten durch polizeiliche Verfügungen gelingen, die Missetaten zu beseitigen. Warum, dies ist die unerlöschliche Frage, warum ist dies denn den Gewerbetätigen bisher nicht gelungen? Ein Mann wartet auf Antwort! Nach

den Schicksal des obigen Mannes in der Arbeiterbewegung nicht als ein Beispiel, das uns zur Nachahmung anregen sollte, sondern als ein Beispiel, das uns zur Nachahmung anregen sollte. Wenn die politische Arbeiter- und die Gewerkschaftsbewegung sich nicht auf die Unterstützung der Arbeiter beschränkt, sondern die Interessen der Arbeiter in der Öffentlichkeit vertreten will, dann ist es ihre Pflicht, die Interessen der Arbeiter in der Öffentlichkeit zu vertreten. Wir glauben nicht daran, die Interessen der Arbeiter in der Öffentlichkeit zu vertreten, wenn wir nicht die Interessen der Arbeiter in der Öffentlichkeit vertreten können.

Nach den Angaben der vernommenen Arbeitgeber, die von den vernommenen Arbeitern bestätigt wurden, ist es bei manchen der in der Großindustrie vorkommenden Arbeiten unmöglich, einen Arbeiter während der vorgeordneten Pausen so durch einen anderen Arbeiter zu ersetzen, daß dieser die volle Verantwortung übernimmt und der von ihm vertretenen Arbeiter von allen Verpflichtungen befreit wird. Insbesondere gilt dies von den Schmelzern und Gichtarbeitern an den Hochöfen. Auch wenn für sie, wie dies erforderlich erscheint, ein Vertreter bestellt wird, dürfen sie sich doch während der Pausen, soll nicht der Betrieb und das Leben der Arbeiter gefährdet werden, von ihrer Arbeitsstätte nicht zu weit entfernen und müssen sie bereit sein, in dringenden Fällen Hilfe zu leisten. Um dies zu ermöglichen, ist die Bestimmung in Abs. 4 aufgenommen worden. Eine regelmäßige, wenn auch nur überwachende Tätigkeit darf jedoch den Arbeitern auf Grund dieser Bestimmung während ihrer Pausen nicht zugemutet werden.

Das ist großartig. Wir wären dem Minister dafür dankbar, wenn er uns mitteilen würde, ob es der „christlich“ organisierte oder Hirsch-Dunderscher „Gutachter“ war, der diese Weisheit verpackte. Waren es unorganisierte Arbeiter, so wäre es interessant zu wissen, wie sich die „organisierten“ dazu gestellt haben. Vielleicht geben uns die „christlichen“ oder Hirsch-Dunderscher Blätter Auskunft. Wenn der Schluss des Absatzes einen Sinn hat, dann ist doch eben die vorher als „nützlich“ hingestellte regelmäßig überwachende Tätigkeit durch dieselbe Person während der Pause nicht nötig. Würde sie nötig, so müßte er doch mindestens „überwachen“. Warum hat man denn übrigens nicht die achtstündige Arbeitsschicht für solche verantwortungsvolle Tätigkeit verlangt? Weiter heißt es:

„Diese Mäßigkeit ist auf acht Stunden bemessen. Diese Regelung empfiehlt sich, weil sie es gestattet, da, wo mit drei achtstündigen Schichten gearbeitet wird, bei außerordentlichen Umständen — zum Beispiel beim plötzlichen Ausbleiben eines erkrankten unentbehrlichen Arbeiters — einen anderen Arbeiter eine volle Aufsicht leisten zu lassen.“

Die Arbeiter beschwerten sich seit Jahr und Tag, daß die regelmäßige Arbeitsschicht zu lang ist, und der Minister sinnt nach, wie es ermöglicht wird — Doppelschichten verfahren zu lassen! Der Minister, der die Arbeiter „schützen“ will, erklärt kapitalistisch naiv und lakonisch, daß der Unternehmer die Möglichkeit haben muß zur sechzehnstündigen Ausnutzung der Arbeiter! Man gehe uns nur, damit, daß dies nur bei „außerordentlichen Umständen“ vorkommen solle. Umstände hin, Umstände her. Für Ausnahmen steht man doch keine Regeln fest, wie es hier geschieht.

Der „christliche“ deutsche Metallarbeiter in Duisburg kann aus der trostlosen Ode dieses Hüttenarbeiterschutzes denn auch keinen Honig saugen. So trübt sich das Blatt, nachdem es seine Anhänger so oft auf den „wichtigen“ antisozialdemokratischen Arbeiterkongress und auf die gleichfalls „wichtige“ Deputationsstätigkeit Wiebers beim Reichskongress, sowie auf die kommende zerrüttete Regierungstätigkeit aufmerksam gemacht hat, jetzt damit, daß der richtige Hüttenarbeiterschutz erst noch — kommen soll! In der Nummer 6 schreibt das „christliche“ Blatt:

„Festhalten wollen wir aber, daß der Handelsminister in der Verordnung darauf hinweist, daß die praktischen Erfahrungen mit den vorliegenden Bestimmungen die Antwort auf die Frage gewähren, ob und in welcher Weise etwa demnach eine Beschränkung der Arbeitszeit erforderlich ist.“ Mit anderen Worten liegt darin das Eingeständnis, daß mit der jetzigen Bundesratsverordnung erst der Anfang gemacht worden ist und daß auf den zu sammelnden Erfahrungen weiter aufgebaut werden muß.“

Da kann man nur sagen: der Deutsche Metallarbeiter will jetzt den Honig, den die Verordnung nicht enthält, aus diesen zu nichts verpflichtenden Worten des Ministers herausziehen. Und wieder leistet sich das Blatt dabei eine Entstellung. Der Minister läßt es wohlweislich vollständig offen, ob und in welcher Weise etwa demnach eine Beschränkung der Arbeitszeit erforderlich ist; darin soll nach der „christlichen“ Jesuitenlogik das „Eingeständnis“ liegen, daß auf den zu sammelnden Erfahrungen weiter aufgebaut werden muß.“ So verfälscht das Blatt eine unverbindliche offene Frage zu einem positiven Diktum! Geschwindigkeit ist keine Segerei.

Es ist eine grausame Ironie, daß der Minister den Hüttenarbeitern die „glorreiche“ „Schutz“verordnung damit mundgerecht machen will, daß er in zu nichts verbindender und sogar ausdrücklicher sich und die Unternehmer sichernder Manier auf eine ungewisse Zukunft verweist und daß die „christlichen“ Zentrumsmänner dieser vorgespiegelten fata morgana, diesem Seifenblasensputz sogleich andächtig und dienstbefähigen nachjagen. Aber die „Christen“ fühlen sich ja wohl auf Geheiß und Verberd mit der Regierung verbunden. X.

Dortmund. Die großartige Bundesratsverordnung zum „Schutz“ der Walzwerks- und Hüttenarbeiter und die auf den in Frage kommenden Werken stattfindenden „Feststellungen“ über die Dauer der jetzt vorkommenden Pausen haben die schwerfälligen Hüttenarbeiter doch etwas mehr als bisher aus ihrer Selbstorgie aufgeweckt. Hat dies die Verordnung auch nicht beabsichtigt, so ist diese Wirkung natürlich zu begrüßen. Im Dortmunder Revier fanden vor kurzem vier große Versammlungen der Hüttenarbeiter statt, die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband aus arrangiert waren und die sich mit der sonderbaren Schutzverordnung befaßten. In Hörde sprach in zwei Versammlungen der Bezirksleiter Spiegel, und in Dortmund, in zwei Versammlungen die Geschäftsführer Junger und Kronshage. Alle Versammlungen waren außerordentlich gut besucht. Die Redner gingen mit der famosen „Schutz“verordnung sehr scharf ins Gericht und die Hüttenarbeiter folgten mit Interesse und Empörung über den Hohn der Verordnung den Darlegungen. Auf den großen Werken ist man jetzt eifrig beschäftigt, die nötigen Unterlagen für das Inkrafttreten der Verordnung zu schaffen. Nicht etwa, als ob die Unternehmer für Einführung der Achtstündenschicht oder wenigstens für genügende Pausen sorgen wollten, sondern die Hüttenarbeiter wollen nachweisen, daß jetzt schon viel, viel mehr „Pausen“ vorhanden, als überhaupt durch die neue „Verordnung“ verlangt werden. Beim Hörde Verein hat man zum Beispiel auf dem Thomaswerk „konstatiert“, daß auf die einzelne Schicht jetzt schon 5 Stunden Pausen fallen! Wühm blieben nur 7 Stunden Arbeit! Die Arbeiter nahmen diese Mitteilungen in den Versammlungen mit verständnisvollem Lachen auf. Auf der Union in Dortmund hat ein Betriebsassistent im Thomaswerk die Arbeiter gefragt, wie lange die Pausen zwischen den einzelnen Chargen dauerten. Die Leute erwiderten, das wären immer nur wenige Minuten, und in der Zeit müßte doch auch aufgepaßt und Material herangeholt werden. Der Assistent meinte darauf, „das gehöre ja nicht zur eigentlichen normalen Arbeit.“

Es wird also genau so kommen, wie wir es schon bei Bekanntwerden des „Entwurfs“ vorausgesagt haben, jedes Aufschreien der Arbeiter wird unter der famosen „Schutz“verordnung zur „Pause“ und wird auf die vorgeschriebene Pausenzeit angerechnet. Als eigent-

liche „Pause“ wird dabei nur die schwere, unermüdete Schicht und die müde, unermüdete Schicht, während die Pausenstunden (während der welchen der Arbeiter zum Beispiel nur 10 Minuten hat) als „Pause“ und nicht als „Arbeitszeit“ angesehen werden! Es wird ja aber immer tiefer als bisher. In allen vier Versammlungen wurde nachdrücklich Resolutionen (gegen einen Hirsch-Dunderscher Entwurf) angenommen:

„Die Verordnung zum Schutz der Walzwerks- und Hüttenarbeiter ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die Bestimmungen sind in allen Punkten einverstanden. Mit aller Schärfe protestieren sie dagegen, daß man es ihnen zumutet, die Bundesratsverordnung als eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Hütten- und Walzwerken anzunehmen. Dagegen erklären sie, daß diese Verordnung nicht im geringsten dazu angeht, die traurigen Arbeitsverhältnisse, die in dieser Industrie herrschen, zu beseitigen. Sie halten deshalb nach wie vor an ihren Forderungen fest, die besagen, daß die achtstündige Arbeitsschicht für die Hütten- und Walzwerksarbeiter eingeführt werden muß und daß die sanitären und hygienischen Einrichtungen so gestaltet werden, damit die Arbeiter an ihrem Leben und ihrer Gesundheit, so weit wie eben möglich, keinen Schaden leiden.“

Die Versammelten sprechen daher — weil ihre berechtigten Forderungen bis jetzt nicht berücksichtigt sind — der Regierung die guten Absichten ab, die Arbeitsverhältnisse in genannter Industrie so zu gestalten, damit das Leben und die Gesundheit dieser Arbeiter nach jeder Seite hin gesichert wird. Auch sprechen sie den bürgerlichen Parteien im Reichstag das ehrliche Verlangen ab, durchgreifende Änderungen zum Schutze dieser Arbeiter zu schaffen. Dagegen erklären die Versammelten, daß es nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband und die Vertreter der sozialdemokratischen Partei im Reichstag waren, die jeherseit für ausreichenden Schutz der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken eingetreten sind und auch in der Zukunft bei jeder sich bietenden Gelegenheit dafür eintreten werden.

Ein jeder der Versammelten verpflichtet sich deshalb, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für den Deutschen Metallarbeiter-Verband und die sozialdemokratische Partei einzutreten. Des weiteren verpflichtet sich ein jeder, soweit dies noch nicht geschehen, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten und überall für den Eintritt in denselben zu wirken.“

Diese Resolution, die eine Vertrauensbindung für die sozialdemokratische Partei und den Deutschen Metallarbeiter-Verband war, gefiel dem Geschäftsführer der im Bezirk Dortmund noch übrig gebliebenen Hirsch-Dunderscher, Braun, gar nicht, und er wollte nachweisen, daß die Hirschen „auch“ wirksam etwas für die Hüttenleute getan hätten. Dieser Nachweis gelang ihm aber schlecht. Unsere Mitglieder (Spiegel in Hörde und Häusgen in Dortmund) leuchteten dem Manne gründlich heim, so daß er trotz seines verzweifeltsten Schreies das homerische Gelächter der Hüttenleute nicht überdauern konnte. Die Hüttenarbeiter wissen, woran sie sind. Als der Entwurf der Verordnung vor knapp einem Jahre herauskam, haben die „Christen“ und auch die Hirsch-Dunderscher sich im Dortmunder Revier nicht gerührt, und auch jetzt wieder rühren diese Arbeiterfreunde keinen Finger, um die Hüttenarbeiter über die Wirkungen dieser famosen Verordnung aufzuklären. Desgleichen ist es von allen Dortmunder Blättern nur die Arbeiterzeitung gewesen, die in sachkundigen Artikeln die Interessen der Hüttenleute entschieden vertreten hat.

Da die Pseudoorganisation der Hirschen auch in anderen Hüttenarbeiterbezirken versuchen wird, der historischen Wahrheit in Bezug auf die Anreger und Förderer des Hüttenarbeiterschutzes Gewalt anzutun, wollen wir hier kurz einige Tatsachen aufzählen. Die „Hirsche“ weisen darauf hin, daß sie „auch“ Hüttenarbeiterkongresse abgehalten hätten. Das ist richtig. Inzwischen ist schon die Wortstellung und das Wortchen „auch“, daß sie selbst anderen die Führerschaft zuerkennen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband hat wiederholt und schon früher wie die in Rede stehenden drei Kongresse der Hirsch-Dunderscher solche Walzwerksarbeiterzusammenkünfte abgehalten, die die Grundlage der zu verlangenden Schutzmaßnahmen bildeten und die freilich nicht nach außen hin mit solch reißerhaftem Frankensprechern inszeniert wurden, wie die „christliche“ Duisburger Zeitung und andere. Von der Hirschenkonferenz in Königs- hütte wurde in Nr. 89 der Metallarbeiter-Zeitung vom 28. September 1907 (zur Bewegung für Hüttenarbeiterschutz!) ausführlich und kritisch berichtet. Dort wurde erwähnt, welche Rolle der freisinnige Reichstagsabgeordnete Professor Dr. Doormann auf der Hirschenkonferenz spielte. Darüber wurde in der Met.-Ztg. gesagt: „Nachdem die Hirschen vor einiger Zeit ihre Anhänger von Rheinland und Westfalen zu einer Konferenz der Hüttenarbeiter zusammengerufen hatten, fand nun auch eine solche für Oberschlesien statt, und zwar in Königs- hütte. In ordentlichem Deutsch berichtet über die Hirschenzusammenkunft die Mitteldeutsche Volkszeitung, Organ der deutschen Gewerksvereine. Wie die Christen sich auf ihrer Duisburger Tagung einige Paraderferse — Reichstagsabgeordnete — zugelegt hatten, so auch die Hirsche. Allerdings mußten sich diese mit einem begnügen, aber der war auch ein Professor, Reichstagsabgeordneter Professor Dr. Doormann. Man begreift, daß die Hirschen mit ihrem Herrn Professor recht besuften umgingen, und so wird auch in dem Zeitungsbereich jedes „wiederholte Kopfnicken“ das „hüttenmännische Bewußtsein“ auslöste, sein säuberlich registriert.“

Mit diesem Professor Dr. Doormann hatten die Hirsch-Dunderscher wirklich den richtigen Repräsentanten des Arbeiterstandes erwählt. Als später im Reichstag beim Militär- und Marineetat eine Resolution eingebracht wurde, wonach bei Festsetzung oder Abänderung der Arbeitsverträge die Arbeiterorganisationen zugezogen werden sollten, da stimmte Dr. Doormann dagegen. Gott schütze uns vor diesen Arbeiterfreunden!

Noch einen weiteren Hinweis auf die Qualifikation des Professors Dr. Doormann als Arbeiterfreund gibt die Deutsche Arbeiter-Zeitung in ihrer Nr. 6 vom 31. Januar 1908, indem sie einen Artikel des Dr. Doormann aus der Vossischen Zeitung zustimmend abdruckt. Danach beklagt Dr. Doormann, daß die Großindustrie durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken, Hüttenwerken, Werften, Ziegeleien und Bergwerken, welche Bestimmungen ja allerdings notwendig wären, sich vielfach ganz zum Ausschluß der jugendlichen Arbeiter von der Fabrikarbeit veranlaßt habe, und daß damit die Großindustrie „ihre Teil“ an der „jugendlichen“ „Erziehungsarbeit der schulentlassenen Jugend“ nicht ausbe! Also die großen Hüttenwerke als Erziehungsfaktoren der jugendlichen Arbeiter! Heiliger Unfug! Wir wollen den Hirsch-Dunderscher Freisinnigen ihren Professor Dr. Doormann neidlos überlassen, können es aber nicht so hingehen lassen, wenn die Hirschen mit ihrer durch Dr. Doormann gezeigten Hüttenarbeiterkonferenz die Hüttenleute einjagen wollen.

Ferner wollen wir erneut feststellen, daß die Hirsch-Dunderscher wieder sich bei der letzten Reichstagswahl in Bochum redlich Mühe gaben, den wirksamsten Vorkämpfer des Hüttenarbeiterschutzes, Otto Que, aus dem Reichstag herauszubringen. Erkennen, das enfant terrible und der strategische Unglückszwurm der Hirschen, was seiner Sache bereits so „sicher“, daß er noch vor der Wahl in einer Zeitungsnummer der Westdeutschen Arbeiterpost den „durchgefallenen“ O. Que bereits eine Stelle im Kohlen Syndikat annehmen ließ.

In den Versammlungen der Hüttenarbeiter im Bezirk Dortmund wollte es der Geschäftsführer der Hirsch-Dunderscher auch nicht wahr haben, als ihm entgegengehalten wurde, daß die Hirsch-Dunderscher Blätter, trotzdem gegenständlichermaßen Hirsch-Dunderscher Redner bei der „gewählten“ „Gutachter“-Kommission beim Minister in Berlin gewesen waren, fast kein Wort über die Tätigkeit dieser Kommission und ihre Auffassung des Arbeiterschutzes und der Arbeiterinteressen mitgeteilt hätten. Der Regulator brachte in seiner Nr. 11 vom 13. März 1908 folgenden Mißbilligung gleich „gedankenvollen“ rätselhaften Erguß:

„Untersuchungen in der Großindustrie. Der Minister für Handel und Gewerbe, Delbrück, hatte, wie wir bereits in voriger Nummer mitteilen konnten, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Besprechung eingeladen, über Maßnahmen in der Großindustrie. Die Tatsache, daß auch Arbeiter zugezogen worden sind, ist ein Schritt nach vorwärts, wenn vor Organisationsvertretern auch noch die alte Scheu besteht.“

Nach dem Inhalt der Bestimmungen kam es zunächst zu einer letzten Besprechung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern über das Übernehmen, wobei, das ist ja wohl allgemein bekannt, die Arbeitgeber in der Regel die Initiative ergreifen. In diesem Sinne ist die Besprechung am 14. März 1908 in der Nacht der Übernahmen nicht überflüssig.

Alle in Zukunft vorzunehmenden Maßnahmen sollen nicht der Besprechung, sondern auf einem von der Regierung gelegenen Vermittlungsamt vorzulegen werden.

Darüber, ob die Hirschen die mit der Hüttenindustrie in arbeitsrechtlichen Zusammenhängen stehenden, auch unter die getroffenen Maßnahmen fallen sollen oder nicht, kam es wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen. Nach weiteren Informationen fallen auch die Nebenbetriebe unter die zu treffenden Bestimmungen. Die Mittagspause, die runde Stelle in solchen Großbetrieben, führte zu der Entdeckung, daß überall dort, wo die genaue Einhaltung zu bestimmten Zeit nicht möglich ist, die Mittagspause in die Zeit von 11 bis 2 Uhr fallen muß. Es ist wesentlich ein Anfang gemacht, ein ganz kleiner Anfang. Zur Ruhe wird die Frage der Arbeitsverhältnisse in der Großindustrie nicht mehr kommen, bis sie im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter geregelt ist.“

In Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung vom 18. April 1908 wurde übrigens dieser Nebenbescheid schon gemeldet. Wenn einer den Erguß des Regulators gelesen hat, ist er nicht länger als wie vorher. Waren die zwei „gewählten“ Hirsch-Dunderscher „Gutachter“ so beschränkt, daß ihre Organisation aus ihnen nicht mehr herausheben konnte oder wollten die Wissenden nicht mehr mitteilen? Das eine wie das andere wäre für die Hirsch-Dunderscher gleich blamabel. Die Versammlungen im Dortmunder Bezirk haben gezeigt, daß die Rolle der Hirsch-Dunderscher auch in ihrer Domäne Rheinland-Westfalen so ziemlich ausgespielt ist; mögen sie nun „neutral“ bleiben wie bisher, oder offen „politisch“ (durch „Barth bis Wassermann“) gehetzt — weil nach der neuesten Wandlung des Düsseldorf Reformblattes Westdeutsche Post unter den heutigen Verhältnissen eine völlig neutrale Gewerkschaftsbewegung ja nicht möglich sein soll — als tapfere Steifleinene zu Felde ziehen.

Krise und Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie im Jahre 1908.

Wenn jemals die Haltlosigkeit des Wortes: „Wer arbeiten will, kann Arbeit haben“ gründlich widerlegt worden ist, dann durch die Arbeitslosigkeit im Jahre 1908. Daß da, wo die Industrie eine intensive Entwicklung genommen, auch der Rückschlag in Krisenzeiten fühlbarer wird als dort, wo die Industrie weniger entwickelt ist, ist ohne weiteres klar. Je mehr Arbeitskräfte in der flotten Geschäftigkeit Arbeit haben, um so größer ist auch der Prozentsatz der „Überflüssigen“, sobald die Konjunktur nachläßt.

Leider fehlen vollständige Nachweise über die Zahl der Arbeitslosen. Alles, was darüber an Registrierungen vorliegt, ist Stückwerk. Städtische Arbeitsnachweise sind nicht überall vorhanden, aber auch dort, wo sie eingeführt sind, ist ihre Organisation zum Teil eine sozialpolitisch sehr rückständige, weshalb es sehr viele Arbeiter vorziehen, sie nicht zu benutzen. Diese mangelhafte Organisation der städtischen Arbeitsnachweise ist bedauerlich. Nicht deshalb, weil wir glauben, daß sie in der Lage wären, Arbeit zu verschaffen, sondern deshalb, weil den Gegnern jeden Fortschritts dadurch die Möglichkeit genommen ist, den Umfang der Arbeitslosigkeit, der tatsächlich vorhanden ist, abzuklären. Zahlen beweisen aber, und nützlich mehr als auf diesem Gebiet.

Die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften und die der Unternehmerorganisationen geben auch keinen genauen Überblick über die tatsächliche Arbeitslosigkeit. Auch diese Nachweise werden nicht von allen Arbeitslosen benutzt, die Zahlen, die von diesen Organisationen zu erhalten sind, leiden also auch an Unvollständigkeit, abgesehen davon, daß die Nachweise der Industriellen ihre Zahlen gewöhnlich nicht veröffentlichen. Es fehlt ferner jeder zahlenmäßige Überblick über die Arbeitsvermittlung auf privatem Gebiet, der Vermittlung durch Bureau oder auf dem Wege der Zeitungsannonce. Tausende und Abertausende benützen diesen Weg und entziehen sich dadurch jeder Kontrolle zum Zwecke der Feststellung über den Umfang der Arbeitslosigkeit. Dies ist bedauerlich, aber leider vorerst nicht zu ändern. Aus allen diesen Gründen läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen, wie groß die Arbeitslosigkeit wirklich ist.

Was aber in Bezug auf die Feststellung der Arbeitslosigkeit überhaupt zutrifft, trifft für die Metallindustrie in besonders starkem Maße zu. Die Teilung der Industrie vom Kleinantrieb bis zu den größten Riesenbetrieben hat zur Folge, daß sich die Nachfrage um Arbeit auf die verschiedenartigste Weise vollzieht. Allein schon die Zahlen, die zu erhalten sind, weisen auf eine Summe von Verelendung weiter Bevölkerungsschichten hin, daß man sie kaum einer Steigerung für fähig halten möchte. Durch eine Statistik, die die Bezirksleitung des 9. Bezirkes unseres Verbandes im Juni 1908 aufgenommen und die sich über Würtemberg, Baden, die Pfalz und das Elsaß erstreckte, konnte schon festgestellt werden, daß im Monat Juni die Zahl der Beschäftigten in den von der Statistik erfaßten Betrieben von 120829 im Jahre 1907 auf 108209 zur Zeit der Wornahme der Statistik im Jahre 1908 gesunken war. Das war eine Verminderung um 12620 Arbeiter oder um 10,44 Prozent. Dabei ist aber noch zu bemerken, daß die zur damaligen Zeit noch beschäftigt gewesenen Arbeiter ganz bedeutend unter Betriebsbeschränkungen — Arbeitszeitverkürzungen — zu leiden hatten. Waren doch unter den 108209 beschäftigten Arbeitern nicht weniger als 26416, die zusammen unter einer wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung von 28884 Stunden zu leiden hatten. Was dies bedeutet, versteht nur der zu würdigen, der sich schon in dieser Lage befunden hat.

Seit dem Juni vorigen Jahres ist die Konjunktur nicht nur nicht besser, sondern viel schlechter geworden. Die Januar-Nummer des Reichsarbeitsblattes enthält eine Zusammenfassung über die Frequenz der Arbeitsnachweise im Jahresdurchschnitt. Davon sind für uns vor allem die Zahlen über die Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie von Bedeutung, die ein geradezu erschreckendes Bild der Beschäftigungslosigkeit geben. Danach kamen auf 100 offene Stellen Arbeitgesuche:

Monat	Metallarbeiter		Fabrik- u. Maschinenw.	
	Jahr 1907	Jahr 1908	Jahr 1907	Jahr 1908
Januar	144	119	238	135
Februar	151	107	268	173
März	135	134	259	188
April	131	142	263	213
Mai	133	118	252	230
Juni	133	109	228	202
Juli	141	105	216	208
August	131	104	244	164
September	147	94	232	148
Oktober	154	97	122	36
November	202	104	350	140
Dezember	243	136	420	107

Im Monat Dezember 1908 war also die Arbeitslosigkeit fast dreimal so groß wie im Dezember des Jahres 1907. Solchen ungeheuerlichen Zuständen ist selbstverständlich mit der Zuweisung von Bettelstuden oder des Zerfleimenlassens von einigen Sublit-

Die mit dem auch durch seine Unterzeichnung verurteilt werden. Die Strafe ist aber die Freiheitsstrafe für den § 153 der Gewerbeordnung. Die Strafe ist aber die Freiheitsstrafe für den § 153 der Gewerbeordnung. Die Strafe ist aber die Freiheitsstrafe für den § 153 der Gewerbeordnung.

Im Februar 1904 habe ich in Kiel ein Streik der Schuhmacher an. Auf der Seite der Unternehmer wurde die Bewegung von einer Kommission aus der Innung und der Freien Vereinigung der Schuhmacherrichtung geführt. Diese Kommission richtete am 2. Februar an die Meister ein Rundschreiben, in dem sie diese auf forderte, sich durch Namensunterschrift zu verpflichten, die Beschläge der Meisterkommission zu respektieren. Es hieß dann weiter: „Kollegen, welche sich dem nicht anschließen, werden bei Ausbruch des Streiks in den Zeitungen namhaft gemacht. Diejenigen davon, die an Forderungen leisten, werden den Behörden genannt werden.“ Der Meister Hamer hatte auch die gewünschte Namensunterschrift geleistet. Da er aber schon vor dem Streik einen höheren Lohn bezog als die Gesellen verlangten, so hatte er natürlich keinen Grund, die Forderungen abzulehnen. Und nun schrieb die Innung an die Marinewerwaltung, den Admiral v. Soden, einen Brief, in dem es heißt: „Unter den Forderungen befindet sich auch die, daß der 1. Mai freigegeben werde. Der Streik wird also von den Sozialdemokraten geführt. Nur zwei Meister halten sich abseits, und zwar . . . und Hamer. Es muß auffallen, daß beide, die doch hauptsächlich ihren Verdienst aus Marinearbeiten, Offizieren und Fähnrichen haben, die Sozialdemokratie unterstützen. Das Kommando möge entscheiden, daß nur solche Meister wählbar sind, die Forderungen zu leisten, die keine Verräter im gemeinsamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie sind.“ Tatsächlich erging ein solcher Befehl an die Garnison (H). Hamer stellte nun einen Antrag wegen Verurteilung nach § 153 der Gewerbeordnung. Der Staatsanwalt lehnte ein Eingreifen ab. Nun lagte Hamer gegen die Innung gerichtliche auf Erlass eines Schutzes von 7480 M., der ihm durch die Denunziation entstanden sei. Nachdem er in zwei Instanzen abgewiesen worden war, wies auch das Reichsgericht die Klage zurück. Das Vorgehen der Innung sei hervorgerufen durch seinen Wortbruch. Unlauterer Wettbewerb liege nicht vor, da er doch nicht geschädigt werden sollte; vor allem hätten die anderen keinen Vorteil gehabt. Auch um eine Verurteilung nach § 153 der Gewerbeordnung handle es sich nicht, da dies nur möglich sei gegenüber Standesgenossen und nicht gegenüber dritten, also hier dem Generalkommando.

Dürfen die Arbeiter ähnliche Mittel auch bei Streikenden anwenden? Herr Wienko.

Herr Dr. Wienko, der Polizeigewaltige in Breslau, ist auf dem besten Wege, ein weltberühmter Mann zu werden. Zwar lacht man im Ausland längst darüber, daß Preußen ein Polizeistaat ist. Wenn aber dieses „Renomme“ jemals erloschen sollte, so ist der Polizeipräsident Dr. Wienko in Breslau sicher unschuldig daran. Er sorgt von Zeit zu Zeit durch eine — sagen wir — auffallende Handlung dafür, daß der Ruf der Breslauer Polizeibehörde nicht in Vergessenheit kommt. Selbstverständlich können wir nicht alles registrieren, was Herr Wienko macht. Wir greifen nur einen besonders krassen Fall heraus, zumal weil es sich dabei um einen ausländischen Kollegen handelt. Wie die in Breslau erscheinende Volkswacht (Nr. 30 vom 5. Februar) berichtet, war im Sommer vorigen Jahres in Breslau ein junger Metallarbeiter namens Sgnaz Fischer aus Österreich zugezogen und dort in Arbeit getreten. Er hatte sich zur sozialdemokratischen Weltanschauung durchgerungen; in Kenntnis der Tatsache aber, daß Ausländer in Preußen für politische Betätigung kein Spielraum gelassen wird, hielt er sich jedoch zurück und vermied es peinlich, irgendwo agitatorisch hervorzutreten oder auch sonst nur den geringsten Anlaß zu einer behördlichen Verurteilung zu geben. Trotzdem sollte er im Lande der schwarz-weißen Gerechtigkeit keine Ruhe finden. Er hatte sich nämlich aus seiner Heimat seine kleine Bibliothek nachdenken lassen. Das Paket wurde, wie üblich, auf dem Zollamt geöffnet. Es wurde jedoch nicht dem Empfänger ausgehändigt, sondern der Polizeibehörde, die ihre Requirie noch weiter dadurch begünstigte, daß sie sich fünf der Broschüren zu näherer Ansicht mitnahm: Diebstahls Antimilitarismus, Kautskys zwei kleine Abhandlungen über die soziale Revolution, Roland-Holsts „Maffentritt“ und ein fünftes ebenso harmloses Bündchen über den Generalstreik. Die Bücher mußten ihrem Besitzer zwar am 22. Dezember wieder zugestellt werden, weil ihr Besitz nach den bestehenden Gesetzen immer noch kein Verbrechen darstellt, aber von nun an kam die behördliche Machtwort gegen den armen Klempnergehilfen in Gang und ruhte nicht eher, als bis sie in dem Zweikampfe zwischen dem Königreich Preußen und dem Proletariat Fischer gestiegen hatte. Am 29. Dezember fand in Fischers Wohnung eine Hausdurchsuchung statt, die außer den schon genannten Büchern und Nummern der Volkswacht nichts Unheimliches zutage förderte. Aber das hinderte den polizeilichen Eifer nicht im mindesten, das hochnotpeinliche Verfahren nach seiner Fortgang und am 16. Januar erhielt Kollege Fischer das folgende, von Herrn Wienko unterzeichnete Dokument preussischer Macht und Stärke:

„Ich habe Ihre Ausweisung aus dem preussischen Staatsgebiet angeordnet. Demgemäß werden Sie aufgefordert, binnen acht (8) Tagen — vom Tage der Zustellung dieser Verfügung ab gerechnet — Breslau und das preussische Staatsgebiet zu verlassen. Für den Fall, daß Sie dieser Aufforderung nicht Folge leisten, wird Ihnen auf Grund des § 152 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 eine Geldstrafe von 50 — fünfzig — Mark und für den Fall des Unvermögens eine Haftstrafe von 5 — fünf — Tagen angedroht. Sollten Sie nach erfolgtem Übertritt über die Grenze ohne Erlaubnis in das Gebiet des preussischen Staates zurückkehren, so haben Sie auf Grund des § 361 Ziffer 2 des Reichsstrafgesetzbuches für das Deutsche Reich Haftstrafe bis zu 6 Wochen zu gewärtigen. Wienko.“

Fischer ging zu seinem Konsulat und stellte dort den Sachverhalt dar. Ein verständnisvolles Konsul begleitete seine Schilderung. „Ja . . . in Preußen“, meinte der österreichische Beamte, „in Preußen . . . da ist man eben hinter den Sozialdemokraten so her. Sie wissen doch Bescheid.“ Den Rat, die Intervention des österreichischen Botschafters in Berlin durch das Wiener Ministerium in Anspruch zu nehmen, schlug Kollege Fischer aus, weil damit immer noch etwas von Gnade ließe. Nur um eine Verlängerung der Ausweisungssfrist suchte er nach, aber auch diese wurde von Herrn Wienko verweigert, obwohl in anerkennendem Akt des Unternehmers beigefügt worden war. So etwas hat in solchen Fällen bei Herrn Wienko anscheinend keinen Erfolg. Wäre unser Kollege Fischer dagegen Streikbrecher oder — Polizeispitzel gewesen, dann hätte Herr Wienko ihn jedenfalls nicht belästigt.

Am 23. Januar fanden in den Siemenswerken zu Berlin Arbeiterauswahlwahlen statt. Dabei gewannen die Gelben 6 Sitze, während unsere Kollegen 5 Sitze verloren. Über dieses Resultat stimmte Herr Sebius im Bund einen Trümmerbericht an. Er bezeichnete es als „die Antwort der Siemenschen Arbeiter“ und suchte die Sache so hinzustellen, als ob durch die verschiedenen moralischen Züchtigungen, die Sebius an den Sonntagern vorher verabreicht worden waren, die „Sache“ der Gelben nur noch gestärkt worden sei. Einige Tage später kam jedoch die Wahrheit an den Tag. In dem wortreichen Siegesgeschnatter des Herrn Sebius war nichts über die Zahl der abgegebenen Stimmen erwähnt. Das hatte seinen guten Grund. Unsere Kollegen hatten nämlich, als es sich um die Einreichung der Wahlvorschläge handelte, beschlossen, sich an der Wahl nicht zu beteiligen. Das war vor dem 5. Januar, dem Tage, wo die organisierten Arbeiter Berlins über Herrn Sebius ihr Urteil sprachen. Nachher hätten die Kollegen bei Siemens gerne

den selben Schritt ergriffen und sich doch an der Wahl beteiligt. Es war jedoch für die Gewerkschaft der Metallarbeiter (dem zu sein). Es kam es, daß in demselben Sinne auch die gelbe Seite vorhanden war und diese wurde dann natürlich gestrichelt. Im Vorwärts vom 2. Februar wird über diese „Wahl“ immer noch berichtet.

„Hätte man nicht mit diesen Verhörungen der abgeordneten Kollegen, mit dem Verweilern der Kontrolle u. s. w. bestimmte Maßnahmen getroffen, dann hätte man doch diese Verhörungen nicht erfüllt. Wer nicht zu verurteilen hat, der wendet sich bei denartigen Dingen nicht der notwendigen Kontrolle. Nun ist aber nach dieser Verhörung der Öffentlichkeit nicht ausgeschlossen, daß noch nachträglich Zahlen veröffentlicht werden, die hinterher niemand kontrollieren kann.“

Es wurde im Vorwärts (sobann noch die Vermutung ausgesprochen, daß „den Herren die Kontrolle unangenehm“ sei und wohl auch keine Veröffentlichung erfolgt sei. Diese Vermutung hat sich als richtig erwiesen. Herr Sebius hat sich also wieder einmal mit der Wahrheit in Widerspruch gesetzt, als er das „Wahresultat“ als eine Antwort der Siemenschen Arbeiter bezeichnete, und sein „Ergebnis“ beruhte nur auf Augenwundern.

„Gegen den bisherigen Vorsitzenden der Gelben, Sandmann, ist in der Versammlung ein Ausstufungsantrag ein, da er sich gegen die Interessen des Bundes in der rigorosesten Weise verhalten habe. Sandmann erklärt vor der Abstimmung seinen Austritt und verläßt unter dem Hohngelächter der Anwesenden das Lokal. Vorher gibt er die Erklärung ab, er werde mit zwanzig Gleichgesinnten einen neuen gelben Verein gründen, da der Bauhandwerkerbund immer väterlicher werde. Hierauf erhält Bürger Sebius das Wort zu folgender Jeremiade: „Werte Bürger! Ich habe Ihnen bei Antritt des Vereins an das gelbe Kartell den Bürger Sandmann als ersten Vorsitzenden empfohlen, weil Sandmann persönlich mit Dr. Mielenz bekannt war, somit Fühlung mit dem Verband der Baugeschäfte hatte und mir auch von Dr. Mielenz empfohlen worden war. Hätte ich gewußt, daß Sandmann erst 21 Jahre alt ist, hätte ich entschieden abgesehen; ich hielt ihn für mindestens 28 bis 30 Jahre. Sandmann war für den Posten entschieden zu jung und unerfahren, dabei ist er zu egoistisch, zu selbstherrlich. Sandmann hat uns bei dem Verband der Baugeschäfte angehördert. Die Herren haben uns den Stuhl vor die Tür gesetzt; sie verlangen jetzt die 250 M. Darlehen zurück. Ich war heute abend dort, bin ziemlich ungnädig empfangen worden. Meine Vorstellungen, daß der Verein jetzt nicht in der Lage sei, das Geld zurückzugeben, waren erfolglos. Sie müssen jetzt selbst vorstellig werden; weiter kann ich Ihnen keinen Rat geben. Man sagte mir noch, wir sollten wiederkommen, wenn wir 1000 Mitglieder hätten, dann wollen sie einen Tarifvertrag mit uns abschließen; bis dahin wollte man mit uns nichts mehr zu tun haben. Sandmann hat es verstanden, uns so herunter zu machen, daß wir ganz kaltgestellt sind; wir müssen versuchen, die Gunst der Herren wieder zu bekommen.“

Hierauf erklärt der Kassierer Pusch, daß an ein Zurückzahlen des Darlehens an den Verband der Baugeschäfte nicht zu denken sei, da nur 250 M. Kassenbestand vorhanden sei. Die 250 M. sind zwar auf der Bank deponiert; zur Abhebung seien aber die Unterschriften von Sandmann und Pusch notwendig, die verweigert würden. Außerdem werde das Geld auch zur Auszahlung von Krankentüftung an zehn Kollegen gebraucht. Aber wir zahlen das Darlehen zurück, können dann aber das Krankengeld nicht zahlen. (Stürmische Unterbrechung: „Ins Statut schreiben und dann nichts geben“ u. s. w.) Es wird beschlossen, das Geld als Krankengeld an die Mitglieder auszugeben. Auf dem Arbeitsnachweis sind in der letzten Zeit überhaupt keine Kollegen mehr vermittelt worden. Wir haben 400 Arbeitslose. (400 Arbeitslose bei noch nicht 1000 der von den Unternehmern verlangten Mitglieder?) Die Unternehmer müssen uns mehr Hilfe angedeihen lassen, sonst können wir nicht bestehen. Eingehen will ich noch auf die Hauskassierer, bei denen 240 M. für verkaufte Marken ausstehen, so daß nicht abgerechnet werden kann. Ob wir das Geld bekommen, ist noch die Frage. Ein Kassenbericht kann aus diesem Grunde nicht gegeben werden; eine Revision hat nicht stattgefunden. Außerdem gibt der Kassierer bekannt, daß der Donow des Lokals wegen eines vereinbarten, aber nicht abgehaltenen Massenballs 200 M. Entschädigung beansprucht. Der Wirt will den Klageweg beschreiten.

Als dann im Verhören ein Mitglied die Anfrage stellte, ob der Vorstand von der Streikbrechervermittlung nach Nordböhmen unterrichtet gewesen wäre und ob auch fernherin an der Laktit festgehalten werden sollte, Streikbrecher zu vermitteln, rief „Bürger Sebius: verappter Koter“ dazwischen. Trotzdem schloß sich die Versammlung diesen Ausführungen an. Darauf erfolgte Schluß der von 70 bis 80 Mitgliedern besuchten Versammlung.

Aus zuverlässiger Quelle wird uns übrigens mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen im gelben Bauhandwerkerbund schon deswegen keine 400 betragen könne, weil derselbe gar nicht so viel Mitglieder habe. Unter den wenigen Mitgliedern sind in der Tat noch eine große Zahl „Koter“, welche die PreSSION der Unternehmer in den Bund hineingetrieben hat. Jeder kann sich aber nicht so wandeln, wie der neue Vorsitzende des Bundes, Bürger Sebius, der während seiner Verbandsstätigkeit dem Generalstreik als „viel zu revisionistisch“ verwarf und mit dem Mund Barricaden baute und Bomben warf. An dem Bankrott des Bauhandwerkerbundes wird auch dieser Herr nichts zu ändern vermögen, der ist nun einmal vollendete Tatsache.“

Das nennt „Bürger“ Sebius eine „würdig verlaufene“ Versammlung. Selber Terrorismus.

In der Maschinenfabrik des Kommerzienrats und „freijüngigen“ Stadtverordneten Karl Flohr zu Berlin besteht eine gelbe Organisation, genannt Unterstützungsverein. Dessen gehörten von den 300 Arbeitern bei Flohr etwa 160 an. Hand in Hand mit der Begünstigung dieses Vereins ging eine Herabsetzung der Löhne bis zu 50 Prozent ihrer früheren Höhe. Die in der letzten Zeit erfolgten Enthaltungen über den „Bürger“ Sebius und sein Nachwort haben offenbar manchem seiner Anhänger die Augen geöffnet. Am 20. Januar fand eine Versammlung von Mitgliedern des Vereins statt, wo dessen Auflösung beschlossen wurde. Eine entsprechende Resolution nebst einer von 138 Mitgliedern unterschriebenen Liste wurde an die Firma gefandt. Die Kommission, die von den Mitgliedern gewählt worden war, wurde von der Betriebsleitung vorgeladen und der Vertreter der Firma, Herr Brunetti, erklärte: „Der Verein bleibt nach wie vor bestehen. Wer weiter für die Auflösung des Vereins agitiert, wird sofort entlassen. Wer seinen Austritt aus dem Verein erklärt, wird zwar nicht sofort entlassen, aber bei der ersten Gelegenheit.“ Es sind dann auch einige der Ausgetretenen entlassen worden. Den anderen Ausgetretenen, die noch weiter beschuldigt wurden, hat man aber nach wie vor die Beiträge zu dem gelben Verein abgezogen.

Es ist ja zu begreifen, daß bei der gegenwärtigen schmerzlichen Krise viele Kollegen fürchten, arbeitslos zu werden. Inghenstend beugen sie sich unter einem Joche, das ihnen von Unternehmern und von Leuten, die den Unternehmern willfährig sind, auferlegt worden ist, einem Joche, das für sie Zwangsbeiträge zu einer verhassten Organisation und — Lohnabzüge bedeutet. Aber weil mancher gern den Folgen der Arbeitslosigkeit für sich und seine Familie entgehen möchte, deshalb fügt er sich vorläufig dem Zwange. Es entgeht sich der Öffentlichkeit, wie viele unter solchem Terrorismus der Unternehmer und der Gelben leiden, weil die Betroffenen selbstverständlich aus Scham schweigen. Genaueres darüber kann erst in

unserer Zeit aus Tageslicht kommen. Wenn schon jetzt etwas darüber bekannt ist, so ist es das, daß die Gelben in diesem Sinne die Organisation der Metallarbeiter-Zeitung zu unterstützen bereit sind, und wenn notwendig, daß der gelbe Sebius bei jeder als ein Feind zum Kampfe gegen die Gewerkschaften bereit ist. So hat die Betriebsleitung sich von Sebius' Anhängern bei gelben Sebius lassen, wer im Betrieb als Streikbrecher dem Gelben Sebius beistehen würde. Welche Zweck solche Organisationen haben, ist ohne weiteres klar, wenn man einen vertraulichen Brief (wichtig betrachtet, den die Firma Flohr mit einer anderen Firma führt. Diese Briefe wurden in der Versammlung vorgelesen. Der Inhalt ist folgender: Als ein Arbeiter sich bei der Firma Flohr um Arbeit bewarb, so ist bei seinem früheren Unternehmern über ihn ein und erhielt die Auskunft, die Leistungen des Arbeiters seien gute, er sei aber entlassen worden, weil er ein Agitator des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sei; seine Einstellung sei deshalb nicht zu empfehlen.

Das alles ist in den Augen von Sebius und dessen Mit-„Bürgern“ natürlich kein Terrorismus.

Der Klage des Sebius. In Nummer 7 haben wir mitgeteilt, daß Sebius am 6. Februar zu der Verhandlung seiner Beleidigungsklage, die er gegen den Redakteur der Metallarbeiter-Zeitung beim Amtsgericht Charlottenburg angehängt hatte, nicht erschienen war und daß darauf das Gericht die Klage abgewiesen hat. Sebius schweigt sich in der neuesten Nummer des Blattes seiner Frau darüber aus. Wir sehen uns deshalb veranlaßt, hier aus den Prozessakten einiges mitzuteilen, was das Fernbleiben des Sebius von der Verhandlung und sein jetziges Schweigen mehr als erklärlich erscheinen läßt.

In Nummer 46 der Metallarbeiter-Zeitung vom 14. November 1903 brachten wir auf Seite 376 unter der Überschrift „Gelbe Bettelbriefe“ folgende Notiz: „In Nummer 18 der Metallarbeiter-Zeitung (Seite 148) veröffentlichten wir den Hauptinhalt von zwei gelben Bettelbriefen, von denen ein Originalabdruck auf den Schreibtisch geworfen waren. Der eine von diesen Bettelbriefen, der von dem sogenannten Gelben Arbeitsbund ausgeht, scheint in letzter Zeit von neuem losgelassen worden zu sein, denn in der Tagespresse ist er wiederum der Öffentlichkeit unterbreitet worden, dazu ein neues Schreiben vom sogenannten Reformverlag Der Bund, das folgendermaßen lautet: „An die Herren Arbeitgeber! Überlassen Sie Ihre Arbeiter nicht schutzlos den Verführungskünsten der sozialdemokratischen Streikbrecher! Helfen Sie Ihren Arbeitern, sich von den roten Hirngespinnsten zu befreien. Damit geben Sie nicht nur Ihren Betrieben den Frieden wieder, sondern Sie erweisen auch noch der Menschheit einen unschätzbaren Dienst. Das beste Schutzmittel gegen das sozialdemokratische Streikfever ist für die Arbeiter die gelbe Literatur. Sie wird von allen Arbeitern gern gelesen. Auch die sozialdemokratischen Arbeiter greifen begierig danach. Außer der gelben Arbeiterzeitung Der Bund empfehlen wir Ihnen, nachstehende Broschüren unter Ihre Arbeiter zu verteilen. Die Zustellung übernimmt auf Wunsch auch der unterzeichnete Verlag, und zwar zu Selbstkostenpreisen.“ Die angepriesenen Broschüren sind weiter nichts als Schmähschriften von Rudolf Sebius. Dieser Herr betrachtet es als sein unantastbares Privilegium, die Arbeiterbewegung auf die größte Weise anzuschmähen. Wenn ihm dann einmal kräftig erwidert wird, spielt er den Empfindlichen und läuft auf die Gerichte, obwohl früher schon einmal von einem Gericht festgesetzt wurde, daß seine Persönlichkeit nicht einwandfrei sei. Eine derartige Gerichtsverhandlung fand am 4. November in Berlin statt. Als (juristisch) Angeklagter fungierte der Genosse Hans Weber, der verantwortliche Redakteur des Vorwärts. Wegen formaler Beleidigung wurde Weber zu 30 M. Geldstrafe verurteilt, in Anbetracht der Umstände ein sehr mildes Urteil. Doch dies nur nebenbei. Worauf es uns in diesem Falle ankommt, ist die Feststellung, daß Sebius während der Verhandlungen zu behaupten wagte, sein Blatt werde nicht von Unternehmern ausgehalten. Das sagte der Herr zu derselben Zeit, wo ein neuer Arbeitgeber“ soeben aus Tageslicht gekommen war. Der Sebius ist wirklich ein ungemein mutiger Herr.“

Sebius reichte am 17. November die Klage ein, beschränkte sie aber auf die Stelle von „Die angepriesenen Broschüren“ bis . . . daß seine Persönlichkeit nicht einwandfrei sei.“ Wegen dieser Stelle verlangte er unsere Verhaftung nach § 185 des Strafgesetzbuches. Er wollte uns also hindern, den Beweis der Wahrheit zu führen, welchem Veruche durch unseren Anwalt, Genossen Wolfgang Heine, sofort entgegengetreten wurde. Darauf reichte Sebius am 4. Januar 1904 — also am Tage vor den letzten Berliner Versammlungen, die sich mit dem gelben Sumpf und mit Sebius beschäftigten — eine Erwiderung beim Amtsgericht Charlottenburg ein, worin er einleitend sagte:

„Der Versuch, für die den Gegenstand der Privatklage bildenden Beleidigungen den Beweis der Wahrheit anzutreten, dient offenbar nur dazu, den Schwerpunkt der Privatklage zugunsten des Beschuldigten zu verschieben. Es soll offenbar, wie dies seitens der Sozialdemokraten schon in anderen Fällen geschehen ist, das gerichtliche Verfahren dazu benutzt werden, durch tendenziöse Zeitungsberichte gegen mich als Vertreter des gelben Arbeiterbundes beziehungsweise gegen die gelbe Arbeiterbewegung im allgemeinen Stimmung zu machen. Liegen formelle Beleidigungen vor, so müssen sie als solche strafrechtlich geahndet werden; ihr Zweck ist nicht gewesen, tatsächliche Behauptungen aufzustellen, sondern eben nur zu beledigen.“

Jeder andere Mensch als Sebius wird in unserer Notiz nur tatsächliche Behauptungen erblicken; diese wären freilich als beledigend zu betrachten, wenn sie nicht auf Wahrheit beruhten. Wegen die Bemerkung des Berliner Schöffengerichts, daß er keine einwandfreie Persönlichkeit sei, sagte Sebius, daß dieser Satz nur durch mangelnde Information des Gerichts seinerseits zu erklären sei. Er habe sich durch das energische Drängen des Vorsitzenden bewegen lassen, auf das Wort zu verzichten, was zu seinem Schaden ausgeschlagen sei. Das Gericht sei zu seinem Standpunkt gekommen durch die Behauptung des sozialdemokratischen Angeklagten, er (Sebius) hätte vor Jahren einmal gleichzeitig für Zeitungen verschiedener politischer Richtungen politische Artikel geschrieben. Er habe aber inzwischen das Verzicht der Berufungsinstanz informiert, daß es sich nicht um politische Artikel gehandelt habe, sondern nur um Lokalnotizen. . . . Wie habe ich in meinem Leben gleichzeitige politische Artikel verschiedener Richtungen verfaßt? . . .

Was von dieser Darstellung des Sebius zu halten ist, werden wir noch sehen. Er führte dann weiter aus: Seine Schriften seien keine Schmähschriften, sondern hätten „erheblichen sachlichen Wert“ und „politische Bedeutung“. Auf die Behauptung, er beschuldige die Arbeiterbewegung, erwiderte er, es sei eine sozialistische Annahme, die sozialdemokratische Arbeiterbewegung als „die“ Arbeiterbewegung zu bezeichnen, die gelbe sei auch eine Arbeiterbewegung. Dem leistet sich Sebius die Frechheit, die sozialistische Arbeiterbewegung als in „völligem moralischen Niedergang begriffen“ zu bezeichnen. Es habe einen „verbrecherischen Charakter“ angenommen“, es sei deshalb ein Verdienst, wenn er das feststelle, darauf sei er stolz. . . . Nach einigen Bemerkungen über das Verhältnis der Gelben zu den Unternehmern kam Sebius zu dem Schluß, daß bei unserer Notiz in Nr. 46 vorigen Jahres von Mahnung berechtigter Interessen keine Rede sein könne.

In dem Gründungsbeschlusse des Amtsgerichts Charlottenburg war aber dann entgegen dem Wunsche des Sebius auf den ganzen Inhalt unseres Artikels Bezug genommen, woraus von unserem Streikdirektor Wolff. Seine ein längerer Schriftsatz eingereicht wurde, aus dem wir folgendes auszuwählen hervorheben:

Der Artikel (der Metallarbeiter-Zeitung) ist nicht in zwei... Handlungen, eine aus § 188, eine aus § 189 zu bestehende...

1. Dafür, daß die Verantwortlichkeit des Privatklägers in einem... Verhältnissen als „nicht einwandfrei“ bezeichnet worden ist...

Meine Tätigkeit war dort eine vielfältige. Ich war zweiter... Redakteur der national-liberalen Arbeiter-Zeitung, zugleich...

2. Darüber, daß die in Nr. 18 der Metallarbeiter-Zeitung ab... gedruckte Briefe Bettelbriefe sind, wird auf diese Zeitung und den...

3. Daß die vom Privatkläger angegriffene „gelbe Literatur“... den Namen „Schmähschriften“ verdient, wird in der Hauptverhandlung...

4. Dagegen wird in der Verhandlung durch diese Literatur... der Beweis geführt werden, daß die Art, wie der Privatkläger die...

5. Selbstverständlich meint ein Redakteur der Metallarbeiter... Zeitung, wenn er von „der“ Arbeiterbewegung spricht, in erster...

6. Die Art, wie der Privatkläger in seinem sogenannten Roman... „Gärung“ gegen die gewerkschaftliche und politische Arbeiter...

7. Das Zentrumblatt Germania nennt das Buch einen „wider... lichen Brief“, und sagt: Die Schilderung ist so gemein, daß sie...

8. Das Dortmund-Lageblatt (liberal) nennt das Buch einen... „Bordellroman höchster Art“... „Der künstlerischen Eigenschaften...

9. Darüber, daß der Privatkläger in der Verhandlung gegen... Weber am 4. November 1908 bestritten hat, daß sein Blatt von den...

10. Daß dies Blatt tatsächlich von den Unternehmern ausgehalten... wird, ergeben die Briefe des Privatklägers, die in der Broschüre...

11. Seine weite dann ausführlich nach, daß dem Beklagten der... Schutz des § 193 zuzufinden wäre, selbst dann, wenn er formal...

12. Im vorliegenden Falle konnte der Angeklagte die Briefe... des Klägers nicht anders als „Schmähschriften“, seine Angriffe...

13. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

14. Gegen das Zentrumblatt Germania richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

15. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

16. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

17. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

18. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

19. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

20. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

21. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

22. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

23. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

24. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

25. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

26. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

27. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

28. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

29. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

30. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

31. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

32. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

33. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

34. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

35. Die Angriffe des Privatklägers richteten sich besonders... gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, gegen den er eine...

und der Sozialdemokratie. Diese Gesellschaft verlangt, der Staats... schreiber möge verfügen, daß in den Reichsmarinebetrieben keine...

Es wäre wunderbar gewesen, wenn nicht auch „christliche“... agitatoren ihr „bescheiden Teil“ zur „Kritik“ über den Abbruch des...

Es ist unklar, daß ich in einer Werkstattoersammlung in... Mülhausen i. E. den Ausgang des Kampfes im Streikwert (Mann-

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich in der Versammlung in Mül... hausen mich vorstellte als Mann, der mehrere Sprachen spricht.

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Unklar ist auch, daß ich gesagt habe, es sei ein garantierter... Lohn von 78 % die Stunde für ungeübte Arbeiter erzielt worden.

Es ist ferner unklar, daß ich behauptet habe, daß die christ... lichen Gewerkschaftsführer Ehlen und Frankenberg durch einen...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Die Arbeiter der Firma Alfa-Separator, Maschinen-... und Maschinenfabrik, Wien XII, Steinerbergstraße 21, sind...

Nachdem die Konflikte in Jachobbad und Zimmern, um deren... willen im vorigen Jahre die Metallindustriellen Binnlands eine...

Verbands-Anzeigen

- Wittenberg, Freudenberg, halb 9. Zeitg. Kämpf, Schläger, halb 6. Juchenhäuser, Rüdiger, halb 9 Uhr. Sonntag, 28. Februar: Bredlau (Klempn.)... Samstag, 20. Februar: Galt, Schwab, Germania, 8 Uhr. Sonntag, 21. Februar: Chemnitz (Heizungsmonate)... Dienstag, 23. Februar: Saut-Wilhelmsbad (Klempner). Mittwoch, 24. Februar: Dortmund-Göding, Demuth, halb 9. Donnerstag, 25. Februar: Blankenburg, S. Vorwärts, halb 9. Freitag, 26. Februar: Kappenberg, Krüner, Schaffal, 9. Samstag, 27. Februar: Wachsenburg, Baner, Hof, halb 9. Sonntag, 28. Februar: Göttingen, Auszahlung der Reiseunterstützung...

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

- Chemnitz. Wir ersuchen um Angabe der Adresse des Kollegen Alfred Zehle aus Döhlen, Buch-Nr. 152391. Sahnau. Reisegeld wird ausbezahlt an Wochentagen von 12 bis 1 Uhr mittags und von 6 bis 8 Uhr abends. In Sonn- und Feiertagen nur von 12 bis 1 Uhr mittags beim Kaffeehaus Paul Göberg, Mönchstraße 11. Göttingen. Auszahlung der Reiseunterstützung vom 22. Februar an nur von 7 bis 8 Uhr abends. Reuter Bezirk. Wir ersuchen um Angabe der Adresse des Meisters Arnold Gerdes aus Bielefeld, Karl Borghöfer, Hauptstraße, Stuttgart, Reimsburgstraße 12. Luxemburg. Alle Sendungen sind zu richten an Jean Braun, Pfaffenstall bei Luxemburg, Baubankstraße. Oberndorf a. N. Es wird kein Sozialgeld mehr ausbezahlt. Stahlfabrik (Feilenarbeiter). Das Umhängen ist streng verboten. Arbeitsnachweis b. Karl Schäfer, Bielefeld, 43, 1. Teilstr. 1 Nr. Sozialgeld 12 bis 1 u. 6 bis 7 Uhr. Bei Zuwiderhandlung wird das Gehalt entzogen. Gestorben. Dortmund. Konrad Reylamp, Metallarbeiter, 52 Jahre, Rheina. Willeim a. Ruhr. Josef Reim, 70 Jahre, Wehrbussfeld. Hofmannsdorf bei Sebnitz. Hermann Schulze, 20 Jahre, Proletarierkassette. Lützen. Otto West a. Könnern, Unfall.

Zentralarbeitsnachweis für Gravure und Ziselure

Berlin NW. 6, Chariteefraße 3.

Privat-Anzeigen.

Die Adresse des Mechanikers Robert Seimrich, ca. 25 Jahre alt, wolle man mitteilen an H. Brandes, Magdeburg, Große Mühlstr. 3.

Metallarbeiter-Notizkalender 1909

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder. Reichhaltiger Inhalt - Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes - Eleganter Druck - Gediegener Ganzleinenband mit Casche und Stiftohr. Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungsstellen 60 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto. Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags. Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Vom Ausland.

Dänemark. Es sind zwischen dem Hilfsarbeiterverband (Arbeitsmandatsverband) und dem Unternehmerverband Differenzen ausgebrochen, weil am 15. Februar der Vertrag abgelaufen ist und ein neuer nicht zustande kam. Der Hilfsarbeiterverband war zum 1. Februar die Erhöhung des Stundenlohnes um 1 Dkr versprochen worden für den Fall, daß die Arbeiter zu einer Verlängerung des Tarifes bis zum 1. Februar 1911 bereit seien. Die Arbeiter waren damit einverstanden, dagegen weigerten sich die Unternehmer, ihr Versprechen zu halten. In Anbetracht der Krise haben die Arbeiter so weit nach, daß sie ohne Vertrag zu den alten Löhnen weiterarbeiten wollten. Die Unternehmer wollten jedoch auf jeden Fall einen Vertrag haben, offenbar nur zu dem Zweck, bei besserer Konjunktur die Arbeiter an der Forderung von Gehaltserhöhungen zu verhindern. Obgleich an dieser Angelegenheit nur die für sich organisierten Hilfsarbeiter beteiligt sind, sollen nicht nur 3000 von diesen, sondern später auch etwa 9000 Schmiede, Former, Schlosser u. s. w. angepersert werden. - Schweden. Sozial.

Der sogenannte Nationale Arbeiterbund für Kiel und Umgegend von 1888 hat an den Staatsanwalt a. d. d. eine Klage gestellt, worin um Schadensersatz und gegen den Vorstand...

Der sogenannte Nationale Arbeiterbund für Kiel und Umgegend von 1888 hat an den Staatsanwalt a. d. d. eine Klage gestellt, worin um Schadensersatz und gegen den Vorstand...